



**29. Mitgliederversammlung der
Linksjugend ['solid] Brandenburg**

Werneuchen

31.03. – 02.04.2023

Inhalt

Workshops.....	3
Workshopschiene I	3
Workshopschiene II.....	3
Tagesordnung mit Zeitplan.....	5
Geschäftsordnung	6
Wahlordnung.....	9
Satzungsändernde Anträge	11
S1 Unvereinbarkeit mit vereinsschädigenden Organisationen.....	11
S2 Gleichstellung ernst nehmen und auch in der Landessatzung berücksichtigen.....	13
S3 Basisgruppen als solche benennen	15
S4 Einladungen zur LMV ins 21. Jahrhundert bringen	16
S5 Beschlussfähigkeit auch künftig sicherstellen.....	17
Weitere Anträge.....	18
A1 Prostitution in Deutschland – weder Sex noch Arbeit	18
A2 Das Lützerath des Ostens verhindern – Mühlrose retten!.....	20
A3 Ein anderes Europa ist möglich - Wie kommen wir dahin?.....	22
A4 Nein zum Abschiebezentrums! Nein zu Menschenfeindlichkeit!	26
A5 Warum wir ein queerfeministischer, emanzipatorischer Jugendverband sind	29
A6 Eilantrag: Politischer Konsens für das Linke Pfingstcamp.....	32

Workshops

Workshopschiene I

Abschiebezentrum

Wir wollen wissen, wie wir das Abschiebezentrum verhindern können. Aber wir wissen nicht wie. Denn es scheint so zu sein, dass es nun beschlossen wurde, bald wird gebaut und dann sollen die Menschen so schnell wie möglich raus aus Deutschland. Es scheint so zu sein, als wäre nichts mehr veränderbar oder verhinderbar.

Andrea Johlige, Abgeordnete im Brandenburger Landtag und Sprecherin für Asyl, Meike Schön, Aktivistin bei der Seebrücke Potsdam und Fabian Leu, Aktivist beim Verband "wie packen's an" erzählen uns in einer Podiumsdiskussion von ihrer Arbeit und was wir noch tun können. Davor soll es die Möglichkeit zum Austausch und Vorbereitung auf die Podiumsdiskussion geben, sodass die geplante Fragerunde gut genutzt wird.

Nach einer kurzen Pause soll es in die konkrete Projektplanung gehen. Denn hoffentlich wissen wir bis dahin mehr, wo wir ansetzen müssen.

Das Abschiebezentrum ist ein Schwerpunktthema für Berlin und Brandenburg. Insbesondere hat Brandenburg in den letzten Monaten einen großen Fokus auf dieses Projekt gelegt und es wurde eng mit den genannten Akteur:innen gearbeitet, sowie mit der Grünen Jugend. Das Abschiebezentrum ist weiterhin ein Schwerpunktthema. Mit effektiven Aktionen und Kampagnen wollen wir die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit wieder darauf lenken und hier könnt ihr mitwirken!

How To Verband

Der Workshop bietet die Möglichkeit, die verschiedenen Formen des politischen Aktivismus kennenzulernen.

Der Workshop basiert auf dem Handbuch für eine widerständige Praxis der Linksjugend ['solid] sowie Methoden der RLS.

Workshopschiene II

Das Erstarken der Europäischen Rechten und, was wir tun können

In diesem Workshop soll es um rechtsextreme Gruppen und Parteien in ganz Europa gehen. In einem 45- minütigen Film lernen wir erstmal die verschiedenen Strukturen und Menschen kennen und vor allem, was sie antreibt.

29. Landesmitgliederversammlung 31.03. bis 02.04.2023 in Werneuchen

Im Anschluss und nach einer kurzen Pause soll es dann in einen kurzen Austausch gehen, wo wir die Feindbilder identifizieren mit denen diese Menschen arbeiten, um ihr Weltbild weiter in der Gesellschaft zu verankern.

Noch nie waren rechtsextreme Parteien so stark wie heute. So ist das unsere Aufgabe uns mit diesem Thema intensiver zu beschäftigen. Denn auch Berlin und Brandenburg sind nicht frei von Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit.

Anhand der Feindbilder sollen sich kleine Arbeitsgruppen bilden in denen Bildungsarbeit, Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen passend zum Thema erarbeitet werden können.

In diesem Jahr erwarten Euch viele Angebote zum Thema Europa. Der Lsp:R Brandenburg priorisiert das Schwerpunktthema Europa, auch im Hinblick auf den anstehenden Wahlkampf zur Europawahl im nächsten Jahr. Mensch kann diesen Workshop als Startschuss verstehen für die anstehende Kampagne und ihr könnt mit euren Ideen und Erfahrungen mitwirken!

Eine Gruppe soll im Anschluss gegründet werden, sodass die Weiterarbeit an den Projekten ermöglicht werden kann. Die Zusammenarbeit mit Berlin ist besonders erwünscht.

International Organizing

Wie organisiert man ein internationales Studierendenseminar? Eine Hilfestellung anhand des international students of history association e.v.

Wie kann ein internationales Studierendenseminar aussehen? Wie spreche ich Menschen (Teilnahme, Organisationsteam, Funding) an? Wo fängt man mit der Planung an? Wie wichtig ist überhaupt das Thema? Und wie kann man mit Problemen vorab und während dem Seminar umgehen?

Tagesordnung mit Zeitplan

Freitag

16:00	Ankunft
17:30	How To LMV
18:30	Abendessen
20:00	Filmabend

Samstag

08:00	Frühstück
09:00	Workshopschiene I
12:30	Mittagspause (pünktlich zu Essen)
11:00	FLINTA*-Plenum, parallel Männer-Workshop
12:30	Mittagspause
13:15	Workshopschiene II
15:15	Kaffeepause
16:00	Beginn LMV (Brandenburg) bzw. Berlin
18:00	Abendessen
19:30	Kneipenquiz
Open end (Empfehlung bis 0 Uhr)	

Sonntag

08:00	Frühstückspause
09:00	Fortsetzung
12:30	Mittagessen
13:15	Subbotnik, danach Abreise

Geschäftsordnung

Einberufung

Die Einberufung der Landesmitgliederversammlung (LMV) erfolgt durch den Landessprecher*innenrat der Linksjugend ['solid] Brandenburg. Die Einladungen sind mit einem Tagesordnungsvorschlag den Mitgliedern der Linksjugend ['solid] Brandenburg vier Wochen vor der LMV zuzustellen.

Tagesleitung und Kommissionen

Die LMV wählt eine Tagesleitung, die aus mindestens zwei Personen besteht. Darüber hinaus wählt die LMV eine Protokollkommission. Zudem werden gewählt: eine Mandatsprüfungskommission mit mindestens zwei Mitgliedern und eine Wahlkommission mit mindestens drei Mitgliedern. Die Wahlen zur Tagesleitung und zu den Kommissionen erfolgen öffentlich. Die Kommissionen haben jederzeit Rederecht.

Antragsstellung

Anträge können durch jedes Mitglied und Sympathisant*innen gestellt werden, sie müssen schriftlich bei der Antragskommission eingereicht werden.

Beschlüsse

Alle ordentlichen Mitglieder der Linksjugend ['solid] Brandenburg haben Beschlussrecht. Auf Beschluss der LMV können anwesenden, passiven Mitgliedern und Sympathisant*innen Mitgliederrechte übertragen werden, sie sind dann im Sinne dieser Geschäftsordnung und der Wahlordnung stimmberechtigte Teilnehmer*innen. Beschlüsse werden gemäß der Satzung grundsätzlich offen mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, sofern die Satzung oder diese Geschäftsordnung nichts anderes regeln. Stimmenthaltungen gelten hierbei nicht als abgegebene Stimmen. Bei Stimmengleichheit gelten Anträge als abgelehnt.

Tagesordnung

Die LMV beschließt über eine Tagesordnung und einen Zeitplan. Die Änderung der Tagesordnung ist im Rahmen eines Geschäftsordnungsantrags möglich.

Aufgaben der Tagesleitung

Die Tagesleitung hat die Aufgabe, die LMV auf der Grundlage der beschlossenen Tagesordnung zu leiten. Dazu muss sie:

- zu Verfahrensfragen das Wort ergreifen und Vorschläge dazu unterbreiten
- unter Berücksichtigung des Eingangs der Wortmeldungen und des Themas das Worterteilen und

29. Landesmitgliederversammlung 31.03. bis 02.04.2023 in Werneuchen

- bei Überschreitungen der Redezeit das Wort entziehen und Redner:innen, die von der Sache abweichen, zur Ordnung rufen.

Wortmeldungen

Wortmeldungen sind durch Handzeichen der Tagesleitung zur Kenntnis zu geben. Die Redezeit beträgt jeweils drei Minuten. Anfragen/Bemerkungen und Antworten dürfen jeweils die Zeit von zwei Minuten nicht überschreiten. Alle Teilnehmer*innen haben Rederecht und werden von der Tagesleitung in die Redeliste eingeordnet. Die Reihenfolge der Redner*innen erfolgt quotiert nach Geschlecht und Erstredner*in und richtet sich nach dem Eingang der Wortmeldungen.

Persönliche Erklärungen

Stimmberechtigte Teilnehmer*innen können außerhalb von Debatten und Abstimmungen persönliche Erklärungen abgeben. Diese sind bei der Tagesleitung anzumelden und dürfen die Zeit von zwei Minuten nicht überschreiten.

Geschäftsordnungsanträge

Geschäftsordnungsanträge dürfen sich ausschließlich mit dem Ablauf der LMV befassen. Sie sind mit beidseitigem Handzeichen anzuzeigen (Heben beider Hände) und werden außerhalb der Redeliste sofort behandelt. Vor ihrer Abstimmung erhält je ein*e stimmberechtigte*r Teilnehmer*in für und gegen den Antrag das Wort. Gibt es keine Gegenrede gilt der Geschäftsordnungsantrag als angenommen. Das Recht zur Antragstellung auf „Ende der Debatte“, „Begrenzung der Redezeit“, „Schließung der Redner*innenliste“ oder „Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt“ haben nur Teilnehmer*innen, die in diesem Tagesordnungspunkt noch nicht zur Sache gesprochen haben. Vor der Beschlussfassung ist die Redeliste zu verlesen.

Antragsbehandlung

Die Antragskommission stellt die formelle Zulässigkeit von Anträgen fest. Die Antragsdebatte kann auf Vorschlag jeweils zeitlich befristet werden. Liegen zu einem Thema mehrere Anträge bzw. zu einem Antrag mehrere Änderungsanträge vor, wird der weitestgehende zuerst zur Abstimmung gestellt. Die Tagesleitung entwirft dann in Absprache mit der Antragskommission und den Einreicher*innen einen Vorschlag zur Abstimmung der Anträge. Änderungsanträge werden vor dem eigentlichen Antrag abgestimmt. Eine Abstimmung entfällt, wenn die Einreicher*innen des Antrages eine Änderung übernehmen.

Protokoll

Von der Tagesleitung und der Wahlkommission sind ein Beschluss- und ein Wahlprotokoll zu erstellen und zur Veröffentlichung durch den Landessprecher*innenrat weiterzuleiten.

Sonstige Regelungen

29. Landesmitgliederversammlung 31.03. bis 02.04.2023 in Werneuchen

Im Tagungssaal herrscht während der Versammlung Rauch-, Kiff- und Alkoholverbot. Müll und Abfall sind in die dafür vorgesehenen Behältnisse zu werfen.

Wahlordnung

Ankündigung

Wahlen müssen im Tagesordnungsentwurf der Einladung zur LMV angekündigt worden sein.

Nachwahlen, die durch Rücktritte oder unbesetzte Ämter und Mandate notwendig werden, sind von dieser Regelung ausgenommen. Diese können durch Beschluss der LMV in die Tagesordnung nachträglich aufgenommen werden.

Wahlberechtigung

Das aktive Wahlrecht haben alle ordentlichen Mitglieder der Linksjugend ['solid] Brandenburg und stimmberechtigte Teilnehmer*nnen gemäß der Geschäftsordnung. Das passive Wahlrecht haben alle ordentlichen Mitglieder der Linksjugend ['solid] Brandenburg. Das passive Wahlrecht für den Vorstand im Sinne des § 26 BGB haben nur voll geschäftsfähige ordentliche Mitglieder.

Wahlgrundsätze

Wahlen sind grundsätzlich geheim. Die Wahlkommission leitet die Aufstellung der Kandidat*innen, sichert den ordnungsgemäßen Ablauf der Wahlen und ermittelt und verkündet das Wahlergebnis. Die Mitglieder der Wahlkommission dürfen selbst bei keiner Wahl kandidieren. Die für den Wahlgang verwendeten Wahlzettel müssen einheitlich sein. Die Gestaltung des Wahlzettels muss eine eindeutige Stimmabgabe für den*die bzw. die Kandidierenden ermöglichen. Es ist möglich, sich für einen gesamten Wahlgang zu enthalten. Ungültig sind Wahlzettel, die den Willen der*des Wählenden nicht zweifelsfrei erkennen lassen. Leere Wahlzettel werden als Enthaltung gewertet. Die Stimmenauszählung erfolgt öffentlich. Bei Wahlen zu Gremien der Partei DIE LINKE sind die Regelungen der Bundeswahlordnung der LINKEN zu beachten.

Kandidat*innenliste

Vor jedem Wahlgang beschließt die Landesmitgliederversammlung (LMV) mit einfacher Mehrheit der gültigen Stimmen die Schließung der Kandidat*innenliste. Bei Listenwahlen zu Ämtern oder Mandaten ist eine Liste zur Sicherung der Mindestquotierung und eine gemischte Liste zu wählen. Sofern nicht alle Kandidatinnen der Liste zur Sicherung der Mindestquotierung ausdrücklich auf eine Kandidatur auf der gemischten Liste verzichten, kann die Schließung der gemischten Kandidat*innenliste für ein Amt oder Mandat erst nach abgeschlossener Wahl der Liste zur Sicherung der Mindestquotierung erfolgen.

Kandidat*innenvorstellung

Vor jedem ersten Wahlgang erhält jede*r Kandidat*in die Möglichkeit, sich vorzustellen. Die Redezeit ist auf 3 Minuten begrenzt. Es besteht die Möglichkeit zu Nachfragen an die Kandidat*innen.

Einzelwahlen

Bei Einzelwahlen gilt folgender Modus: Im 1. Wahlgang ist der/die Kandidat*in gewählt, welche*r die absolute Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinigen kann. Erreicht im 1. Wahlgang keine*r der Kandidat*innen die erforderliche Mehrheit, findet ein 2. Wahlgang statt, bei dem die maximal drei Kandidat*innen zur Wahl stehen, die im ersten Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereinigen konnten. Gewählt ist im 2. Wahlgang, wer die absolute Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinigen kann. Erreicht auch im 2. Wahlgang keine*r der Kandidat*innen die erforderliche Mehrheit, so findet ein Stichwahlgang zwischen den beiden erstplatzierten Kandidat*innen des 2. Wahlganges statt. Gewählt ist in diesem Stichwahlgang, wer die einfache Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinigen kann.

Listenwahlen zu gleichen Ämtern

Bei Wahlen mehrerer Kandidat*innen in gleiche Ämter durch einen Wahlgang (Listenwahl) kann jede*r Stimmberchtigte maximal so viele Stimmen vergeben, wie Ämter oder Mandate zu besetzen sind, jedoch nie mehr als eine Stimme je Kandidat*in. Unter den Kandidat*innen, die mehr als 50 % der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinigen können, sind entsprechend der Anzahl der zu vergebenden Ämter oder Mandate diejenigen mit den meisten Stimmen gewählt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los (Münzwurf). Erreichen im 1. Wahlgang weniger Kandidat*innen die erforderliche Stimmenmehrheit als Ämter zu vergeben sind, so findet ein 2. Wahlgang für die nicht besetzten Ämter zwischen den verbliebenen, nicht gewählten Kandidat*innen statt. Dabei können – entsprechend ihrer Platzierung im 1. Wahlgang – höchstens doppelt so viele Kandidat*innen kandidieren wie Ämter zu vergeben sind. Unter den Kandidat*innen, die mehr als 50 % der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinigen können, sind entsprechend der Anzahl der zu vergebenden Ämter oder Mandate diejenigen mit den meisten Stimmen gewählt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los (Münzwurf). Erreichen auch im 2. Wahlgang nicht die nötige Anzahl von Kandidat*innen die erforderliche Mehrheit um alle zu vergebenden Ämter zu besetzen, so findet ein 3. Wahlgang als Stichwahlgang statt. An dieser Stichwahl nehmen – entsprechend ihrer Platzierung im 2. Wahlgang – höchstens doppelt so viele Kandidat*innen teil, wie Ämter zu vergeben sind. Gelingt es auch hier keine*r Kandidat*in mehr als 50 % der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich zu vereinen, so bleibt das entsprechende Amt oder Mandat unbesetzt. Die Versammlung kann bei Delegiertenwahlen zu Bundeskongressen oder Landesparteitagen der Partei DIE LINKE. Brandenburg entscheiden, dass die Ersatzdelegierten im gleichen Wahlgang wie die ordentlichen Delegierten gewählt werden. Das erforderliche Quorum der abgegebenen gültigen Stimmen beträgt in diesem Fall nur 25 %.

Beschluss der Wahlordnung

Diese Wahlordnung wird vor den ersten durchzuführenden Wahlen beschlossen. Sie kann nur durch eine Mehrheit von 2/3 der stimmberechtigten Teilnehmer*innen geändert werden.

1 **Satzungsändernde Anträge**

2 **S1 Unvereinbarkeit mit vereinsschädigenden Organisationen**

3 **Antragstellende:**

4 Marek Lipp, Yasha Domscheit

5 **Antrag:**

6 Die Landesmitgliedermitgliederversammlung möge folgende Satzungsänderung beschließen:

7 Füge in §3 (1) c) der Satzung am Ende des Satzes ein:

8 „Dazu zählt unter anderem die Sozialistische Alternative Voran (SAV) und deren Nachfolgeorganisationen wie die Sozialistische Organisation Solidarität (Sol), außerdem der revolutionäre Bruch
9 und die Revolution, sowie andere entrustische, verbandsschädigende, undemokratische oder sol-
10 che Organisationen, die darauf zielen, eine Spaltung der Linksjugend ['solid] Brandenburg herbei-
11 zu führen.“

13 **Begründung:**

14 Dieser Antrag wurde in ähnlicher Form bereits zur 26. LMV 2020 beschlossen, jedoch nie in die
15 Satzung eingepflegt. Um das nachzuholen, reichen wir den Antrag erneut ein. Aufgrund der jüngs-
16 ten Entwicklungen wurden die Organisationen um den revolutionären Bruch und die Revolution
17 ergänzt, die zwar einen Bruch mit unserem Jugendverband fordern, teilweise aber trotzdem in
18 unserem Strukturen verbleiben um unsere politische Arbeit zu sabotieren.

19 Die Begründung des Ursprünglichen Antrags aus dem Jahr 2020 folgt.

20 „Die SAV und die SOL, die sich im vergangenen Herbst von der SAV abgespalten hat, sind trotz-
21 kistische Organisationen, die seit vielen Jahren versuchen, als externe Gruppen auf die politische
22 Arbeit der linksjugend ['solid] Einfluss zu nehmen und sie in ihrem Sinne zu beeinflussen. Das Ver-
23 hältnis dieser Organisationen wird seit längerer Zeit im Jugendverband diskutiert.

24 Seit der Gründung unseres Vereins haben sich Verhältnisse verändert. Auf Bundesebene wurden
25 mit der Verbandswerkstatt im vergangenen Jahr Prozesse angestoßen, die die Verbandsstruktu-
26 ren an gegenwärtige Herausforderungen unseres Jugendverbandes anzupassen. In den letzten
27 Jahren hatte sich gezeigt, dass es dringende Veränderungen im Verband braucht, um weiterhin
28 ein Teil einer linksradikalen Bewegung sein zu können und das niedrigschwellige Mitmachen an
29 linker Politik zu vereinfachen. Auf dem Bundeskongress im Frühling 2019 mussten wir jedoch mit-
30 erleben, wie Genoss*innen, die der SAV und des Bundesarbeitskreises Revolutionäre Linke (BAK
31 RL) zuzuordnen sind, diese Veränderungen systematisch verhindert haben und somit die Weiter-
32 entwicklung des Jugendverbandes blockierten.

1 Aber damit nicht genug: Der BAK RL, der lange Zeit von Mitgliedern der SAV und jetzt von der Sol
2 dominiert wurde, agiert seit Jahren als eigene Parallelstruktur innerhalb des Jugendverbandes und
3 erstellt eigene Materialien und Kampagnen parallel zum Bundesverband. Der BAK RL versucht da-
4 bei -anders als andere Bundesarbeitskreise - die ganze Bandbreite politischer Themen abzudecken
5 und verhält sich im Bundesverband wie eine Strömung. Der BAK RL tritt meist sehr geschlossen
6 auf, verweigert sich Diskussionen und somit der gemeinsamen, verbandsinternen politischen Wil-
7 lensbildung. Einige Bundesländer werden inzwischen sogar in Gänze von Mitgliedern der SAV/Sol
8 dominiert, sodass einzelne Genoss*innen, die andere Positionen vertreten, von der politischen
9 Arbeit in diesen Landesverbänden ausgeschlossen werden und zum Teil unser Jugendverband
10 ganz verlassen. So kam es in der Vergangenheit bereits vor, dass Landesverbände von der SAV
11 sozusagen "überrannt" wurden, indem ihre Mitglieder geschlossen auf Landesmitgliederversamm-
12 lungen auftraten und Gremien, wie den Landessprecher*innenrat, fast in Gänze übernahmen,
13 ohne, dass die anderen Mitglieder dem etwas entgegensetzen konnten.

14 Gleichzeitig wird ein erhöhter Druck auf die Mitglieder im BAK RL, bei der SAV und bei Sol ausge-
15 übt, statt ihnen ihr politisches Handeln frei zu stellen. So müssen Mitglieder der SAV und Sol bei-
16 spielsweise Zeitungen verkaufen und zahlen verhältnismäßig hohe Mitgliedsbeiträge, um die Ein-
17 nahmen der Vereine und die Bezahlung hauptamtlicher Kader sicherzustellen. Die Kader geben
18 dabei größtenteils die politischen Positionen vor und suchen sich häufig junge Neumitglieder bei
19 linksjugend ['solid], um ihre politische Meinung zu beeinflussen und sie zum Eintritt bei Sol und
20 SAV zu bewegen.

21 Unserem Vereinszweck hingegen ist eingeschrieben, dass unsere Mitglieder sich aktiv an Ent-
22 scheidungen beteiligen können sollen. Unserer Meinung nach sollte das emanzipiert und nicht
23 unter Druck passieren. Wir wollen, dass sich Menschen in der linksjugend ['solid] eine eigene Mei-
24 nung und eigene Standpunkte bilden können, ohne dass ihnen gesagt werden muss, was "richtig"
25 ist und was nicht. Dies und vieles andere haben wir bei der SAV beobachten können. Wir wollen,
26 dass im Landesverband Brandenburg nicht dieselben Parallelstrukturen einnisten können, wie es
27 auf Bundesebene der Fall ist. Uns liegt zu viel an dem Projekt linksjugend ['solid], als dass wir uns
28 von Pseudorevolutionär*innen unsere fortschrittliche, emanzipatorische und basisdemokratische
29 politische Praxis kaputtmachen lassen wollen.

30 Der Unvereinbarkeitsbeschluss soll nicht das Ziel haben, einzelne Menschen aus unserem Landes-
31 verband auszuschließen. Wir wollen auch in Zukunft gemeinsam diskutieren und uns auch strei-
32 ten, wenn es Meinungsverschiedenheiten gibt. Wir scheuen diese nicht, denn nur so kann unser
33 Landesverband sich weiterentwickeln und an sich selbst wachsen. Die Unvereinbarkeit soll genau
34 dies ermöglichen und gleichzeitig eine mögliche Vereinnahmung unseres Landesverbandes in der
35 Zukunft präventiv verhindern.“

1 **S2 Gleichstellung ernst nehmen und auch in der Landessatzung
2 berücksichtigen**

3 **Antragstellende:**

4 Marek Lipp, Yasha Domscheit

5 **Antrag:**

6 Die LMV möge folgende Änderungen der Satzung beschließen:

7 Nach § 4 „Rechte und Pflichten der Mitglieder“ wird neu eingefügt:

8 § 5 Gleichstellung

9 (1) Die Förderung der Gleichstellung der Mitglieder ist ein Grundprinzip des Jugendverban-
10 des.

11 (2) Bei Wahlen innerhalb des Jugendverbandes zu Gremien und Organen ist grundsätzlich
12 ein mindestens fünfzigprozentiger FLINTA*-Anteil zu gewährleisten. Abweichungen von
13 diesem Grundsatz bedürfen eines Beschlusses der Mehrheit von Zweidrittel der entspre-
14 chenden Wahlversammlung. Eine Aufhebung der Quotierung bei der Wahl der Delegierten
15 zum Bundeskongress ist nicht möglich.

16 (3) Frauen/Lesben/Inter/Non-Binäre/Trans/Agender (FLINTA*) haben das Recht, innerhalb
17 des Verbandes eigene Strukturen aufzubauen und FLINTA*-Plena durchzuführen.

18 (4) Die Mehrheit der FLINTA* eines der jeweiligen Versammlung kann ein FLINTA*-Veto ein-
19 legen. Dieses Veto hat einmalig aufschiebenden Charakter und führt zu einer erneuten Ver-
20 handlung des Sachverhaltes.

21 Die Nummerierung der folgenden Paragraphen wird entsprechend um eine ganze Zahl erhöht.

22 Darüber hinaus wird passend zum Begriff FLINTA* die Gender-Sprachregelung in der ganzen Sat-
23 zung angepasst: Aus der Sprachregelung mit Unterstrich „_“ wird neu das Sternchen „*“, die Tren-
24 nung von grammatisch notwendigen Wörtern wie Prädikaten und Präpositionen erfolgt statt
25 mit Schrägstrich „/“ neu mit Sternchen „*“. An allen Stellen der Satzung, an denen „Frau“ bzw.
26 „Frauen“ steht, wird stattdessen „FLINTA*“ eingefügt.

27 **Begründung:**

28 Dieser Paragraph ist auf dem letzten Bundeskongress in die Satzung des Bundesjugendverbandes
29 aufgenommen worden. Da wir entsprechend der Satzung unseres Landesverbandes die Bundes-
30 satzung anerkennen, sollten wir auch diese Änderung übernehmen, um eine einheitliche Regelung
31 zu finden bzw. der Bundessatzung entgegenstehende Regelungen und Begriffe anpassen. Außer-
32 dem ist FLINTA* der inklusivere und herrschaftsanalytisch treffendere Begriff. Mit dieser Änderung

29. Landesmitgliederversammlung 31.03. bis 02.04.2023 in Werneuchen

- 1 beenden wir den sehr binären Sprachgebrauch unserer Satzung und setzen ein Zeichen als queer-freundlicher Jugendverband.
- 2
- 3

1 **S3 Basisgruppen als solche benennen**

2 **Antragstellende:**

3 Marek Lipp, Yasha Domscheit

4 **Antrag:**

5 Die LMV möge folgende Änderung der Satzung beschließen:

6 Streiche an allen Stellen der Satzung die Wörter „Regionalgruppe(n)“ und „Ortsgruppe(n)“ und
7 ersetze sie durch „Basisgruppe(n)“.

8 Dies betrifft die §§ 3, 4 und 5 (alt) bzw. 6 (neu) und 10 (alt) bzw. 11 (neu). Ersetze außerdem in § 5

9 (1) Satz 1: „und thematischen Zusammenschlüssen“ durch „und Landesarbeitskreisen“

10 **Begründung:**

11 In der Bundessatzung ist stets von Basisgruppen die Rede, während in unserer Landessatzung
12 sowohl von Regional- als auch Ortsgruppen gesprochen wird. Diese Änderung und die konse-
13 quente Benennung von thematischen Zusammenschlüssen als Landesarbeitskreise soll die Ver-
14 ständlichkeit der Satzung und der Verbandsstrukturen vereinfachen.

15

1 **S4 Einladungen zur LMV ins 21. Jahrhundert bringen**

2 **Antragstellende:**

3 Marek Lipp, Yasha Domscheit

4 **Antrag:**

5 Die LMV möge folgende Änderung der Satzung beschließen:

6 Ergänze hinter § 8 (4) Satz 2: „Die Schriftform im Sinne von Satz 1 ist gewahrt, wenn die Einladung
7 per E-Mail versendet wird. Das Einladungsschreiben gilt dem Mitglied als zugegangen, wenn es
8 an die letzte vom Mitglied schriftlich bekannt gegebene Adresse oder E-Mail-Adresse versandt
9 wurde.“

10 **Begründung:**

11 Der Aufwand einer Briefversendung in organisatorischer und finanzieller Hinsicht ist groß und für
12 eine LMV zwar zu rechtfertigen, sollte allerdings nicht zwingend erforderlich für die Einberufung
13 sein. Wenn das Vereinsrecht mittlerweile auch eine Schriftform per E-Mail erlaubt, wollen wir das
14 rechtssicher auch in unserer Satzung sicherstellen und so den Schritt ins 21. Jahrhundert wagen.

15

1 **S5 Beschlussfähigkeit auch künftig sicherstellen**

2 **Antragstellende:**

3 Marek Lipp, Yasha Domscheit

4 **Antrag:**

5 Die LMV möge folgende Änderung der Satzung beschließen:
6 Streiche und ersetze in § 8 (4) Satz 2 „10 Prozent“ durch „5 Prozent“.

7 **Begründung:**

8 Die Hürde von 10 Prozent der Mitgliedschaft für die Beschlussfähigkeit des mit Abstand wichtigsten Gremiums auf Landesebene mag fast schon zu niedrig erscheinen, ist aber in der Vergangenheit immer nur sehr knapp eingehalten. Angesichts einer gegenwärtigen politischen Demobilisierung und einer demographisch schwierigen Entwicklung innerhalb des Verbands (hoher Anteil an Ü30) ist die Handlungsfähigkeit des Landesverbandes mit einer 10-Prozent-Hürde gefährdet. Um in Anbetracht des auch für uns wichtigen Wahljahres 2024 handlungsfähig zu bleiben, schlagen wir die Einführung einer 5-Prozent-Hürde vor.

15

1 **Weitere Anträge**

2 **A1 Prostitution in Deutschland – weder Sex noch Arbeit**

3 **Antragstellende:**

4 Der Landessprecher*innenrat (Klara Simon, Lugain Kikhya, Marek Lipp, Konstantin Gorodetsky,
5 Justin König, Anton Wiezorek, Jonathan Wiegert), Patricia Usée

6 **Antrag:**

7 Die LMV erkennt an:

8 1.) dass die Prostitution in Deutschland Ausdruck eines Machtungleichgewichts zwischen den Ge-
9 schlechtern und somit Kennzeichen des Patriarchats ist, welches es gilt abzulehnen.

10 2.) dass in der Praxis die Prostitution zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung durch die Freier als
11 Menschenhandel bezeichnet werden kann.

12 3.) dass man bei Prostitution angesichts der Realität in der Prostitution nicht von einer „Arbeit (wie
13 jede andere)“ sprechen kann.

14 4.) dass das System der Prostitution von Gewalt an Frauen nicht zu trennen ist.

15 **Begründung:**

16 Die Prostitution, die in Deutschland mehrheitlich stattfindet (über 90%) ist die Zwangsprostitu-
17 tion. Hierbei sind Prostituierte aufgrund einer ökonomischen Not gezwungen, ihren Körper als
18 Ware zu verkaufen und sich damit vollkommen der kapitalistischen Logik zu unterwerfen.

19 35% der Prostituierten in Deutschland wurden bereits mindestens einmal gegen ihren Willen ein-
20 gesperrt, gefesselt oder in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt, 24% haben mit Selbstmord-
21 Gedanken zu kämpfen und fast alle sind drogenabhängig.

22 Die meisten Prostituierten in Deutschland stammen aus Osteuropa, sie werden durch Bekannte,
23 Familienangehörige, Freunde, o. ä. in die Prostitution gebracht, nach Deutschland verschleppt und
24 mit kolonialisierenden Praktiken ausgebeutet. Gezielt werden dabei die schwierigen wirtschaftli-
25 chen Verhältnisse in den Herkunftsländern ausgenutzt, andere Jobs versprochen bzw. die Prosti-
26 tutionstätigkeit als gute Verdienstmöglichkeit dargestellt. Viele Prostituierte waren beim Einstieg
27 in die Prostitution noch nicht einmal volljährig. Bekannt ist ebenso, dass Missbrauch und Gewalt-
28 erfahrung in der Kindheit, Obdachlosigkeit oder Drogen- und Alkoholmissbrauch das Risiko erhö-
29 hen, dass diese in die Prostitution geraten.

30 Trotzdem sind es die Prostituierten, die vor allem in gesellschaftlichen Debatten für ihre Tätigkeit
31 mehrheitlich stigmatisiert und degradiert werden. Dieser Rhetorik müssen wir als

- 1 Jugendverband entgegentreten, indem wir anstelle dessen klar die Nachfrageseite verurteilen:
- 2 die Sexkäufer.
- 3 78% der Frauen in der Prostitution geben an, Angst vor der Gewalt von Sexkäufern zu haben, 95%
- 4 erfuhrn sexuelle Belästigung, 80-90% verbalen Missbrauch und soziale Geringschätzung, 60-75%
- 5 wurden in der Prostitution vergewaltigt. Diese Zahlen machen deutlich: Der Sexkäufer kauft zwar
- 6 Sex, aber es geht genauso um Macht über Frauen. Dies spiegelt sich im frauenverachtenden Frau-
- 7 enbild der Sexkäufer wieder, wie sogenannte „Freierforen“ zeigen. Es geht bei der Prostitution
- 8 schlichtweg nur um die sexuellen Wünsche der Sexkäufer, nicht um die Prostituierte und deren
- 9 Sexualität.
- 10 Als feministischer Jugendverband setzten wir uns klar für die Selbstbestimmung, über den eige-
- 11 nen Körper und die Sexualität ein. Der Alltag in der Prostitution ist jedoch selten selbstbestimmt,
- 12 das Recht wird durch die Praxis verhindert.
- 13 Dieses Recht wird in der Praxis der Prostitution jenen verwehrt- es geht im Vordergrund um die
- 14 sexuellen Wünsche der Sexkäufer, fast alles Männer, nicht um die Prostituierte und deren Sexua-
- 15 lität. Durch den Glauben, man(n) könne sich Konsens und dass Recht der Selbstbestimmung durch
- 16 Geld erkaufen, entsteht ein Machtgefälle, welches wir im Kern ablegen müssen. Freier sind keine
- 17 netten, hilflosen Männer- unser Ziel muss sein, dass Freiertum zu beenden, den Frauen zu
- 18 Austiegsmöglichkeiten zu verhelfen und die Prostitution in Deutschland klar zu verurteilen: Die
- 19 meisten Prostituierten empfinden ihre Tätigkeit nicht als Sex, sondern als Missbrauch, aus dem es
- 20 scheinbar keinen Ausweg gibt.
- 21 Trans Prostituierte sind einem höheren Risiko ausgesetzt, Diskriminierung und Gewalt zu erfah-
- 22 ren, als cis Prostituierte. Queerfeindlichen Praktiken gilt es, nicht nur für uns als Jugendverband,
- 23 sondern für alle die ein feministisches Weltbild haben, abzulehnen.
- 24 **Hinweis: In dem oben formulierten Antrag werden an manchen Stellen die Begriffe der binären*
- 25 *Geschlechtskategorien verwendet, nicht um queere Identitäten zu diskriminieren oder unsicht-*
- 26 *bar zu machen, sondern um entsprechende Studien wahrheitsgemäß zu rezitieren.*

27

1 **A2 Das Lützerath des Ostens verhindern – Mühlrose retten!**

2 **Antragstellende:**

3 Der Landessprecher*innenrat

4 **Antrag:**

5 Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

6 Der Kohlekonzern LEAG hat vor, Mühlrose als letztes Dorf in der Lausitz abzubaggern, um die
7 darunterliegende Braunkohle zu verfeuern. Das wäre ein fataler Schritt gegen das Pariser Klima-
8 schutzabkommen und nach der Abaggerung von Lützerath ein zweiter herber Einschnitt in un-
9 sere Zukunft.

10 Wir als linksjugend ['solid] Brandenburg stellen uns dem entgegen! Wir sehen nicht ein, warum
11 das Wohlergehen der Menschheit weniger wichtig sein soll als die Gewinne von Kohlekonzernen
12 wie der LEAG. Die Abaggerung Mühlroses nützte nur der LEAG – für die Energiegewinnung ist
13 sie nicht notwendig. Ganz im Gegenteil brauchen wir eine drastische Beschleunigung der Ener-
14 giewende. Doch der Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Energienetze scheitert am Wi-
15 derstand der Konzerne. Unsere Schlussfolgerung: Eine lebenswerte Zukunft besteht erst jenseits
16 von Gewinnmaximierung. Retten wir das Klima und unsere Zukunft – und nicht den Kapitalismus!

17 Wir fordern:

- 18 • den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung bis spätestens 2030 – auch in der Lausitz.
- 19 • einen Verfahrensstopp in Mühlrose – die LEAG darf keine Erschließungsgenehmigung für
20 Mühlrose erhalten. Der Abriss der Wohnhäuser in Mühlrose muss beendet werden.
- 21 • ein Transformationsgeld für die Beschäftigten in der fossilen Industrie, also sowohl im
22 Energiesektor als auch im Automobilsektor, das eine Weiterqualifizierung ermöglichen soll
23 und vor Armut schützt.
- 24 • die Gründung einer Landesenergieagentur, die den dezentralen Ausbau von Erneuerbaren
25 Energien und der Stromnetze im Land für die öffentliche Hand koordiniert und vorantreibt.
- 26 • die Rekommunalisierung von Energienetzen im Land Brandenburg mit einem Landesge-
27 setz, das Enteignungen im Sinne des Klimaschutzes ermöglichen soll.
- 28 • die Gründung eines EU-Klimaschutz- und Klimaanpassungsfonds, der finanzielle Ressour-
29 cen für den globalen Süden zur Verfügung stellen soll, damit die aufgrund der historischen
30 CO2-Emissionen des globalen Nordens besonders vom Klimawandel betroffenen Staaten
31 direkt in Erneuerbare Energien einsteigen können und resilenter werden können vor den
32 teils schon jetzt spürbaren Folgen des Klimawandels.

1 Wir sind bereit, für diese Kernforderungen gemeinsam mit antikapitalistischen Bündnispartner*in-
2 nen auf die Straße zu gehen und erklären uns solidarisch mit jedem Protest des zivilen Ungehör-
3 sams, der Mühlrose retten will.

4 Die linksjugend ['solid] Brandenburg vernetzt sich mit dem sächsischen Landesverband, um der
5 Forderung des Erhalts des sächsischen Dorfes Mühlrose gemeinsam eine Stimme zu verleihen.

6 **Begründung:**

7 Das Sonderfeld Mühlrose ist Teil der Bergbauplanung des Kohlekonzerns LEAG in der Lausitz. Das
8 heißt, dass die LEAG einen Bedarf für die Braunkohle unter Mühlrose sieht, aber nicht, dass eine
9 Abbaggerung der Kohle genehmigt ist. Ganz im Gegenteil liegt nicht einmal ein Antrag auf Er-
10 schließung Mühlroses als Tagebaugebiet vor.

11 Das Problem: Laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) wird selbst
12 bei einem Kohleausstieg 2038 viel weniger Kohle benötigt werden als die LEAG angibt – Mühlrose
13 müsste also gar nicht abgebaggert werden. Erst recht nicht, wenn der Kohleausstieg auf 2030
14 vorgezogen wird. Für diesen Fall geht die Studie sogar davon aus, dass sogar bestehende Tage-
15 baue verkleinert werden müssten, weil nicht alles von der dort liegenden Braunkohle benötigt
16 würde.

17 Trotzdem kauft die LEAG die nach und nach leergezogenen Häuser in Mühlrose auf – viele Be-
18 wohner:innen haben aus Unsicherheit ihr Dorf bereits aufgegeben und ziehen in neue Häuser im
19 Nachbardorf. Doch noch längst nicht alle Bewohner:innen Mühlroses sind leergezogen. Dennoch
20 reißt die LEAG die von ihr aufgekauften Häuser ab. Damit geht ein Dorf und ein Symbol für die
21 sinnlose und klimaschädliche Abbaggerung von Braunkohle verloren. Dagegen braucht es Wider-
22 stand.

23 Denn Mühlrose kann auch als Symbol für die Einhaltung der zweiten (und letzten) Grenzmarke
24 des Pariser Klimaschutzabkommens gewertet werden. Es ist bereits absehbar, dass das 1,5-Grad-
25 Ziel nicht eingehalten werden kann, was bereits drastische Folgen mit sich bringen wird. Doch auf
26 jeden Fall gilt es, die Erwärmung der globalen Durchschnittstemperatur auf 2 Grad Celsius des
27 vorindustriellen Niveaus zu beschränken. Die Nicht-Einhaltung des 2-Grad-Ziels bedeutete das
28 Eintreten der Klimakatastrophe – mit dramatischen Folgen für Ökosysteme, Klimasysteme und die
29 Lebensgrundlagen der Menschen. Die Nicht-Einhaltung des 2-Grad-Ziels wird innerhalb weniger
30 Jahrzehnte die Katastrophe zum Dauerzustand werden lassen.

1 **A3 Ein anderes Europa ist möglich - Wie kommen wir dahin?**

2 **Antragstellende:**

3 Der Landessprecher*innenrat

4 **Antrag:**

5 **EU - wo stehen wir jetzt und wo könnte es hingehen?**

6 Nicht nur in Zeiten eines russischen Angriffskrieges auf die Ukraine halten wir die EU als Institu-
7 tion der friedlichen europäischen Integration für erhaltenswert.

8 Der Grundgedanke der EU, den Frieden und die Stabilität in Europa zu sichern und offene Grenzen
9 zu schaffen, sind auch Ziele unserer Politik. Vor allem junge Menschen ermöglicht die EU in zahl-
10 reichen Programmen in den Bereichen Bildung und Ausbildung wie z.B. Erasmus internationale
11 Vernetzung und wichtige Erfahrungen. Gleichzeitig erkennen wir, dass gerade auch für junge
12 Menschen große Ungleichheit innerhalb der EU besteht. Gerade in den südlichen EU-Mitglieds-
13 staaten ist die Jugendarbeitslosigkeit hoch und das Nettoeinkommen niedrig. Die Zusammenar-
14 beit und der Austausch zwischen den Mitgliedstaaten ist wesentlicher Bestandteil zur Vermei-
15 dung von Konflikten und den Frieden in Europa. In Zeiten globaler Krisen des Kapitalismus,
16 wie die Klimakrise, Sicherheitskrise, Engpässe in der Lebensmittelversorgung oder die Corona-
17 Pandemie. Doch menschenfeindliche Praktiken, wie die illegalen Pushbacks der Grenzschutzagen-
18 tur "Frontex", die Fluchtsuchende zurück in ihre Heimatländer drängt, überschatten das Frie-
19 densprojekt EU.

20 "EU aber Based" heißt deshalb unser Leitspruch zu Europawahl 2024. Wir glauben nämlich, es geht
21 noch mehr. Wir glauben an ein Europa der Solidarität mit offenen Grenzen nach innen und nach
22 außen, Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft, ein Europa in dem alle Menschen selbstbe-
23 stimmt leben können unabhängig von ihrem Einkommen, Glauben, Hautfarbe, Herkunft, Ge-
24 schlecht oder sexueller Orientierung. Wir glauben an ein Europa in der Bildung für alle Menschen
25 zugänglich ist und der Selbstentfaltung und nicht nur der Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt
26 dient. Wir glauben an ein Europa, in dem die Umwelt nicht den Profitinteressen untergeordnet,
27 sondern als Lebensgrundlage aller Menschen anerkannt, geschützt und nachhaltig bewirtschaftet
28 wird.

29 **Dem Erstarken der Rechten entgegenwirken!**

30 Ob die Lega Nord aus Italien, die PIS in Polen, die französische Rassemblement National oder die
31 deutsche AFD - in Europa gibt es momentan eine Zunahme der politischen Kräfte, die auf natio-
32 nalistischen, autoritären und oft rassistischen Ideologien basieren. Dieser Trend ist für uns, als so-
33 zialistischer und antifaschistischer Jugendverband natürlich besorgniserregend, denn er bedroht
34 nicht nur die Grundwerte unserer Gesellschaften, sondern auch den europäischen Zusammenhalt

1 Die rechten Bewegungen fordern eine Politik der Abschottung, des Protektionismus und der Dis-
2 kriminierung. Sie sind gegen die europäische Integration und setzen auf nationalen Egoismus. Der
3 Erfolg der rechten Parteien beschränkt sich hierbei nicht nur auf die europäische Ebene, sondern
4 wirkt genauso in nationaler und regionaler Politik. Dazu kommen Parteien, die offiziell als „konser-
5 vativ“ gelten, teils aber ebenso rechts sind oder zumindest mit der extremen Rechten paktieren.
6 Die Gründe für das Erstarken der Rechten sind hierbei vielfältig. Eine irrationale Angst vor Flucht-
7 bewegungen, Populismus und Terroranschläge haben Nährboden für faschistische Ideologien ge-
8 schaffen.

9 Wir haben gelernt: Gegen Rechts hilft nur Links. Unsere Antwort auf Nationalismus ist internatio-
10 nale Solidarität!

11 Wir werden die europäische Vernetzung der linken Parteien und Jugendverbände weiter voran-
12 treiben, sodass sich Sozialist*innen aus ganz Europa gegenseitig unterstützen können. Wir setzen
13 uns für eine neue EU der internationalen Solidarität statt des Neoliberalismus und erstarkendem
14 Nationalismus ein.

15 Es gilt unsere demokratischen Werte und Institutionen zu verteidigen und sicherzustellen, dass
16 sie nicht von denjenigen untergraben werden, die unsere Gesellschaften spalten wollen. Für ein
17 demokratisches und sozialistisches Europa!

18 **Die EU demokratisieren**

19 EU-Befugnisse betreffen in verschiedenen Bereichen unser tägliches Leben. Allein deshalb muss
20 die EU demokratisch sein. Hierbei sehen wir allerdings noch Nachholbedarf.

21 Deshalb: Unserer Vorschläge zur Demokratisierung der EU:

22 1. Stärkung des Europäischen Parlaments: Das Europäische Parlament ist das einzige direkt
23 gewählte Organ der EU und hat die Aufgabe, die Interessen der Bürger*innen zu vertreten.
24 Um die Demokratie in der EU zu stärken, muss das Europäische Parlament mehr Befugnisse
25 erhalten und eine größere Rolle bei der Gesetzgebung spielen.

26 2. Erhöhung der Transparenz: Die EU-Institutionen müssen transparenter werden, indem sie
27 ihre Entscheidungsprozesse öffentlich machen und eine klare Kommunikation über ihre
28 Tätigkeiten und Entscheidungen sicherstellen. Dies würde es den Bürger*innen ermögli-
29 chen, besser zu verstehen, wie die EU funktioniert, und sie bei der Teilnahme an Entschei-
30 dungen zu unterstützen.

31 3. Förderung der Bürger*innenbeteiligung: Die EU muss die Bürger*innen stärker in Entschei-
32 dungsprozesse einbeziehen, indem sie mehr Möglichkeiten zur Beteiligung bietet. Eine
33 gemeinsame europäische Öffentlichkeit könnte dazu beitragen, dass die EU

1 demokratischer und transparenter wird. Die EU muss die Schaffung eines öffentlichen
2 Raums unterstützen, in dem die Bürgerinnen und Bürger in ganz Europa sich austauschen
3 und diskutieren können.

4 **Die sozial-ökologische Transformation für Europa vorantreiben**

5 Die Klimakatastrophe aufzuhalten, das ist das Ziel des Pariser Klimaschutzabkommens, dem sich
6 alle EU-Mitgliedstaaten verpflichtet haben. Es ist schließlich die historische Verantwortung der
7 bereits früh industrialisierten Staaten, die zur deutlich schnelleren Reduzierung der Treibhaus-
8 gasemissionen, als es bisher geschieht, verpflichtet. Doch derzeit zeigt sich die EU mit ihrem Green
9 Deal als eine Union der Konzerne. "Technologieoffenheit" und grüne Taxonomie werden zur Farce,
10 wenn ressourcenverschwendende E-Fuels begünstigt werden und fossile Energieträger wie Atom
11 oder Gas als "grün" deklariert werden. Diese Politik dient nicht dem Klimaschutz, sondern dem
12 Schutz der Profite der Global Player in der EU.

13 Dabei ist so viel mehr möglich und nötig. Wir wollen aus dem Green Deal einen Green Social Deal
14 machen! Die dringend notwendige Transformation der fossilen Energie- und Automobilindustrie
15 wird nur gelingen, wenn wir die derzeitigen Eigentums- und Produktionsverhältnisse infrage stel-
16 len und die Beschäftigten in der Transformation zu den zentralen Akteur*innen machen. Wir wol-
17 len, dass mit der Verkehrswende zahlreiche neue Arbeitsplätze entstehen - allein in Deutschland
18 sind es etwa 200.000 mögliche neue Arbeitsplätze. Dabei wollen wir, dass die Beschäftigten in
19 Transformationsräten über die Zukunft ihrer Betriebe mitentscheiden und eigene Ideen entwi-
20 ckeln können, wie sie in Zukunft arbeiten. Gute Arbeit und gutes Klima gehen Hand in Hand.

21 **Für eine EU der guten Arbeit und sozialen Gerechtigkeit**

22 Die Europäische Union ist derzeit eine Union der sozialen Ungleichheit und Ungerechtigkeit. Nach
23 der Finanzkrise und der Eurokrise sind insbesondere die Euro-Staaten sehr unterschiedlich aus der
24 Krise herausgegangen. Dabei galt besonders Deutschland mit seiner Austeritätspolitik als Gewin-
25 ner, die Staaten des europäischen Südens, z.B. Griechenland, kamen geschwächt aus der Krise. Die
26 Sparmaßnahmen, die vor allem auf den Abbau des Sozialstaats und die Hemmung öffentlicher
27 Investitionen zielten, haben zu einer Verschärfung der sozialen Ungleichheit geführt. Insbeson-
28 dere die Jugendarbeitslosigkeit ist im Süden der EU vielfach höher als im Norden. Mit Forderungen
29 nach einem europäischen Mindestlohn und europäischen Sozialversicherungen sowie einer neuen
30 Fiskalpolitik mit EU-weiter Vermögensteuer wollen wir die EU sozial gerechter machen und so die
31 europäische Integration voranbringen. Gute Arbeit gibt es nur mit starken Gewerkschaften - des-
32 halb setzen wir uns für mehr Rechte für Arbeiter*innen und ihren Gewerkschaften bspw. im Streik-
33 recht ein. EU-weit muss es die Möglichkeit auch eines Generalstreiks geben. Umfassende Arbei-
34 ter*innenrechte sollten zentraler Bestandteil von EU-Verträgen und Aufnahmekriterium in die EU
35 sein.

1 **Die nächsten Schritte**

2 Im kommenden halben Jahr wollen wir uns stärker mit dem Thema Europa und EU auseinander-
3 setzen und die bereits angeschnittenen Themen stärker diskutieren. Im Rahmen von Workshops
4 bieten wir dazu die Möglichkeit, sich vertieft damit auseinanderzusetzen und zu diskutieren. In
5 unseren Positionierungen auf Landesebene berücksichtigen wir auch, wenn möglich, die europä-
6 ische Dimension von Problemstellungen. Damit wollen wir teilhaben an der inhaltlichen Vorberei-
7 tung der Europaparlamentswahl nächstes Jahr, die eine wegweisende für unsere nahestehende
8 Partei, DIE LINKE, sein wird. Doch die nächsten 5 Jahre entscheidet sich auch sehr viel im Hinblick
9 auf die Klimakrise. Es bleibt nur noch bis etwa 2026 Zeit - bei radikalen Maßnahmen wohlgemerkt
10 - das 1,5-Grad-Ziel aus dem Pariser Klimaschutzabkommen einzuhalten. Bereits jedes Zehntelgrad
11 mehr hat enorme Auswirkungen auf die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit.
12 Die Klimafrage bleibt eine soziale Frage - wir beantworten sie im Sinne der sozialen Gerechtigkeit
13 und der Solidarität.

14

A4 Nein zum Abschiebezentrum! Nein zu Menschenfeindlichkeit!

Antragstellende:

Der Landessprecher*innenrat

Antrag:

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen, dass das Abschiebezentrum als ein menschenfeindliches und rassistisches Projekt seitens der regierenden Kenia-Koalition anerkannt und behandelt wird. Die Linksjugend [`solid] verpflichtet sich dem ständigen Kampf gegen das Abschiebezentrum am BER durch:

1. die öffentliche und klare Bekennung zur antirassistischen Haltung des Landesverbands.
Der Landesverband verpflichtet sich mit öffentlichkeitswirksamer Arbeit wie lang- oder kurzfristigen Projekten und Kampagnen, Social Media und Bildungs- und Aufklärungsarbeit die öffentliche Aufmerksamkeit auf das rassistische Projekt zu lenken.
Auf der nächsten Landesmitgliederversammlung soll der Antrag auf seine Aktualität geprüft werden und gegebenenfalls verschärft werden.
2. Der Landesverband verpflichtet sich, bei beidseitigem Interesse, der Zusammenarbeit und Kooperation mit anderen Akteur:innen, die ebenfalls gegen das Abschiebezentrum streiten. Der Landesverband erklärt sich grundsätzlich bereit mit technischer, fachlicher oder finanzieller Unterstützung an der Seite der Akteur:innen zu stehen.
3. Der Landesverband spricht sich entschlossen für eine Politik der Integration mit den entsprechenden Teilhabe- und Bildungsmöglichkeiten und lehnt Absperrungen ab.
4. Für den Landesverband ist die Kenia Koalition nicht mehr tragbar. Das Verhalten der beteiligten Parteien: die SPD, die CDU und Bündnis 90/Die Grünen zeugt von ihrer fehlenden politischen Integrität. Als antirassistischer und antifaschistischer Jugendverband, welcher eine Vision für das Land Brandenburg hat, dürfen wir nicht einfach die Realität entgegnnehmen. Wir müssen uns entschieden und geeint dagegenstellen. So sprechen wir uns gegen die jetzige Landesregierung aus und fordern ihr sofortiges Ende.

Begründung:

Zum Anfang: Die Linksjugend [`solid] Brandenburg lehnt Abschiebungen grundsätzlich ab. Wir stehen zu einer offenen und solidarischen Welt. Kein Mensch verlässt sein Heimatland ohne Grund. Insbesondere Abschiebungen in Kriegsgebiete und existenzielle Not wie Obdachlosigkeit, man gelhafte medizinische Versorgung und Diskriminierung ist für uns menschenfeindlich. Wir setzen uns ein für den Kampf gegen die Fluchtursachen der Geflüchteten.

Das Abschiebezentrum repräsentiert eine Politik der Unvernunft, eine Politik der Abschottung und Ausgrenzung von hilfesuchenden Menschen und eine Politik gemacht von Rassist:innen.

1 Die derzeit bestehende Haftanstalt am BER soll massiv ausgebaut werden. Im "Transit- und Ge-
2 wahrtsamsgebäude" des Abschiebezentrums sind 118 Plätze geplant, in denen u.a. geflüchtete
3 Menschen inhaftiert werden können. [1] Damit bietet das neue Abschiebezentrum in etwa viermal
4 so viele Plätze wie die bisherige Haftanstalt am Flughafen Schönefeld. Der Bund wird sich durch
5 die Anmietung eines "Rückführungsgebäudes" beteiligen, das dem geplanten Anstieg an Abschie-
6 bungen dienen soll. [2]

7 Die Haftanstalt soll u.a. genutzt werden für Menschen im sog. Ausreisegeahrsam (Abschiebehaft
8 zum Vollzug der Abschiebung). An dem Ort sollen auch sog. Zurückweisungsfälle (Menschen, de-
9 nen die Einreise gar nicht erst erlaubt wird) und asylsuchende Menschen im Flughafenasylyverfah-
10 ren (Schnellverfahren) festgehalten werden. [4]

11 Freiheitsentzug ist ein Eingriff in die Grundrechte dieser Menschen. Zusätzlich kommt es bei Ab-
12 schiebungshaft immer wieder zu schweren Verfahrensfehlern. Die Statistiken des Rechtsanwalts
13 Peter Fahlbusch zeigen, dass jede zweite Abschiebungshaft rechtswidrig. [5]

14 Am BER ist auch eine massive Steigerung der Flughafenasylyverfahren geplant, und zwar eine Ver-
15 zehnfachung auf 300-400 Schnellverfahren pro Jahr. [6] Im Flughafenverfahren wird entschieden,
16 ob Asylsuchende überhaupt Zugang zum regulären Asylverfahren erhalten. Diese Prüfung ge-
17 schieht unter Haftbedingungen im Transitgelände des Flughafens. Dabei gelten im Vergleich mit
18 dem regulären Asylverfahren sehr kurze Fristen und eingeschränkter Rechtsschutz. [7] Und: In den
19 letzten Jahren hat sich die Ablehnungsquote in Flughafenverfahren verzehnfacht: von 5,1 Prozent
20 in 2013 auf 52,7 Prozent in 2019. [8] Das Flughafenverfahren ist nicht rechtsstaatlich oder fair. Es
21 muss endlich abgeschafft und stattdessen Zugang zu regulären Asylverfahren für alle Asylsuchen-
22 den gewährt werden.

23 Nicht nur aus menschenrechtlichen Gründen steht das Vorhaben seit einiger Zeit in der Kritik:
24 Medienrecherchen haben gezeigt, dass das Brandenburger Innenministerium das Abschiebezent-
25 rum von dem wegen Korruption vorbestraften Investor Jürgen B. Harder bauen lassen will. [9] Der
26 Investor ist wegen Schmiergeldzahlungen vorbestraft und war in einen Medizinskandal an der
27 Universität Heidelberg verwickelt. Eine öffentliche Ausschreibung für das Millionenprojekt gibt es
28 bis jetzt nicht. [10]

29 Im aktuellen Entwurf des Haushaltsplans der Brandenburger Landesregierung sind Hunderte Mil-
30 lionen für das Abschiebezentrum vorgesehen. Der Haushaltsentwurf 2023/2024 enthält eine Ver-
31 pflichtungsermächtigung (d.h. Aufwendungen auch in künftigen Haushaltsjahren) für die Mieten
32 und Pachten für das Abschiebezentrum in Höhe von 315 Millionen Euro (ab 2026). Zuvor fallen
33 bereits weitere Kosten in Höhe von 4,05 Millionen Euro an. [11]

1 Hunderte Millionen Euros sollen ab 2026 für 30 Jahre lang an Jürgen B.Harder gezahlt werden.
2 Steuergelder, die dringend für die Teilhabe und Integration geflüchteter Menschen, sozialen Woh-
3 nungsbau und andere lebensnotwendige Hilfen in dieser Zeit der Inflation benötigt werden. Statt-
4 dessen entscheidet sich die Landesregierung für diesen Schritt. Das ist ein Zeugnis ihrer politi-
5 schen Inkompétenz, Missbrauch ihrer Macht und verfehlten Verantwortung gegenüber dem Men-
6 schen in Brandenburg.

7 Bis Jetzt haben wir mit der Grünen Jugend Brandenburg, die Seebrücke und Wir Packen es an e.V.
8 eng zusammenarbeiten können, um gegen das Abschiebezentrum zu kämpfen. In unserem offe-
9 nen Brief, der am 09. NOvember 2022 an die Landesregierung ging, erfahrt Ihr mehr zu unseren
10 Forderungen: Offener Brief: Abschiebezentrum | Linksjugend ['solid] Brandenburg (ljsbb.de)

11 **Quellen:**

- 12 [1] <https://www.tagesspiegel.de/berlin/abschiebezentrum-am-ber-spaltet-koalition-in-branden->
13 [burg-8589040.html](#)
- 14 [2] <https://dserver.bundestag.de/btd/20/016/2001673.pdf> (v.a. S. 1)
- 15 [3] <https://fragdenstaat.de/blog/2022/08/03/ber-abschiebezentrum/>
- 16 [4] <https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parla->
17 [doku/w7/drs/ab_4300/4370.pdf](#) (S. 3-4)
- 18 [5] <https://www.proasyl.de/news/es-ist-skandaloes-welche-fehler-in-abschiebungshaft-passie->
19 [ren/](#)
- 20 [6] <https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parla->
21 [doku/w7/drs/ab_4300/4377.pdf](#) (v.a. S. 2)
- 22 [7] https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/210622_PA_Flughafenstudie_final.pdf (v.a. S. 7-
23 12) & https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/2012/03/Gemeinsame_Stellungnahme_Flug-
24 [hafenverfahren.pdf](#)
- 25 [8] <https://www.tagesschau.de/investigativ/hsb/asyl-flughafenverfahren-101.html>
- 26 [9] <https://www.rbb24.de/wirtschaft/beitrag/2022/05/ber-behoerde-zentrum-streit-investor->
27 [harder-partner-hallenbauer.html](#), <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/uniklinikum-heidel->
28 [berg-bluttest-boersenmanipulation-1.4422883](#)
- 29 [10] <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2022/08/berlin-brandenburg-flughafen-ber-investor->
30 [stuebgen.html](#) & <https://fragdenstaat.de/blog/2022/08/03/ber-abschiebezentrum/>
- 31 [11] https://mdfe.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Entwurf_03_Ministerium%20des%20In-
32 [neren%20und%20f%C3%BCr%20Kommunales%202023-24.pdf](#) (S. 161-162)

1 **A5 Warum wir ein queerfeministischer, emanzipatorischer Jugendver-**
2 **band sind**

3 **Antragstellende:**

4 Marek Lipp, Yasha Domscheit

5 **Antrag:**

6 Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

7 Die Linksjugend ['solid] Brandenburg bekennt sich zu einem queerfeministischen und emanzipa-
8 torischen Ansatz in ihrer politischen Arbeit. Das tun wir, weil das notwendig ist, um eine gerechte,
9 vom Patriarchat befreite Gesellschaft jenseits des Kapitalismus zu erreichen.

10 Queerfeministische Theorie beschäftigt sich mit der Analyse von Unterdrückung aufgrund von Ge-
11 schlecht und Sexualität, und deren Wechselwirkungen mit anderen sozialen Kategorien wie
12 „Rasse“, Klasse, und Behinderung. Sie betont die Bedeutung der Vielfalt und Komplexität von Iden-
13 titäten und Lebensweisen sowie die Wichtigkeit der Sichtbarkeit und den politischen Aktivismus
14 von marginalisierten Gruppen.

15 Wir beziehen uns dabei unter anderem auf die Arbeiten von Judith Butler, die die Kategorie Ge-
16 schlecht als sozial konstruiert und performativ herausgestellt hat. Butler betont die Notwendig-
17 keit, Geschlecht als fluide und veränderlich zu begreifen und kritisiert binäre Vorstellungen von
18 Geschlecht als reproduktiv für Unterdrückungsverhältnisse. Ebenfalls bedeutend für unseren
19 queerfeministischen Ansatz ist die Intersektionalitätstheorie von Kimberlé Crenshaw, die die Not-
20 wendigkeit betont, die Verflechtungen von Unterdrückungsformen zu betrachten und marginali-
21 sierte Gruppen in politischen Kämpfen zu inkludieren.

22 Während der Radikalfeminismus wichtige Beiträge zur Analyse der Geschlechterhierarchie und
23 der Unterdrückung von Frauen geleistet hat, neigt er dazu, die Perspektiven und Erfahrungen von
24 privilegierten Frauen zu bevorzugen und marginalisierte Gruppen wie LBTIQ* und Frauen of Color
25 zu vernachlässigen oder sogar auszuschließen. Dies führte zu einem binären und unvollständigen
26 Verständnis von Geschlecht und Identität und einer fehlenden Sensibilität für die Wechselwirkun-
27 gen zwischen Unterdrückungsformen. Zudem haben manche radikalfeministische Strömungen
28 transphobe und queerfeindliche Positionen eingenommen, was unvereinbar mit unserem huma-
29 nistischen und emanzipatorischen Selbstverständnis ist.

30 Als queerfeministischer Verband setzen wir uns dafür ein, eine Sprache zu verwenden, die alle
31 Geschlechteridentitäten einschließt und so diskriminierungsarm wie möglich ist. Wir problemati-
32 sieren daher zum Beispiel die Formulierung "Frauentag", da sie die Geschlechterbinarität reprodu-
33 ziert und TIN* (transgeschlechtliche, intergeschlechtliche und nicht-binäre) Personen ausschließt.

1 Stattdessen sprechen wir von "Internationaler feministischer Kampftag", um neben Frauen auch
2 TIN* einzuschließen und sichtbar zu machen.

3 Als antikapitalistischer Verband kritisieren wir, wie die Reproduktion der Geschlechterbinarität
4 zur Stabilisierung der kapitalistischen Eigentums- und Produktionsverhältnisse beiträgt, insbeson-
5 dere in Hinblick auf Care- bzw. Reproduktionsarbeit. Wir sprechen von Care-Arbeit bzw. Repro-
6 duktionsarbeit von notwendiger Arbeit zur Wiederherstellung der Arbeitskraft. Im patriarchal ge-
7 prägten Kapitalismus beruht die Ausbeutung der Arbeitskraft der lohnarbeitenden Klasse auf der
8 Ungleichverteilung der Reproduktionsarbeit. Ein Arbeiter, der nach 8 Stunden körperlich schwerer
9 Arbeit erschöpft nach Hause kommt, arbeitet am nächsten Tag nur dann genauso produktiv wei-
10 ter, wenn er keine Care- bzw. Reproduktionsarbeit selbst leisten muss. FLINTA* übernehmen bei
11 einer patriarchalen Gender-Rollenverteilung eine für den Prozess der Kapitalakkumulation grund-
12 legende Rolle: Indem sie unbezahlt Care- bzw. Reproduktionsarbeit leisten, tragen sie zur Wieder-
13 herstellung der Arbeitskraft des Hauptverdieners bei und bilden so die Grundlage für die effekti-
14 vere bzw. profitmaximierende Ausbeutung der Arbeitskraft des Hauptverdieners. Selbst wenn
15 FLINTA* keiner eigenen Lohnarbeit nachgehen, werden sie im Kapitalismus durch die von ihnen
16 geleistete Care-Arbeit ausgebeutet zur Steigerung der Profite Weniger. Der heutige Kapitalismus
17 kommt aber nicht mehr damit aus: Viele FLINTA* leisten neben ihrer Lohnarbeit unbezahlte Care-
18 Arbeit und werden so in doppelter Hinsicht ausgebeutet. Die Widersprüche zwischen Kapital und
19 Arbeit sowie zwischen den Geschlechtern gehören also zusammen – der Kampf gegen das eine
20 geht nicht ohne den Kampf gegen das andere.

21 In Anlehnung an Gramscis Hegemonietheorie verbinden wir die verschiedenen Kämpfe und spie-
22 len sie nicht gegeneinander aus. Wir sind überzeugt, dass sich die Hegemonie des Kapitals nur
23 brechen lässt, wenn wir auch die Hegemonie des Patriarchats angreifen. Queerer, feministischer
24 und antirassistischer Kampf sind für uns Teil des Kampfes der arbeitenden Klasse gegen den Klas-
25 senkampf von oben.

26 **Begründung:**

27 Wir verstehen das binäre Geschlechtssystem und Heteronormativität als Teil der patriarchalen
28 Unterdrückung und wollen die Binarität nicht reproduzieren, sondern auf die Intersektionalität
29 von feministischen Kämpfen verweisen. Gleichzeitig erkennen wir die Bedeutung der patriarcha-
30 len Geschlechtszuschreibung und die Herrschaft des Patriarchats auch als Herrschaft über den
31 Körper, insbesondere den Uterus, an. Doch nicht nur cis Frauen sind von patriarchaler Gewalt be-
32 troffen, sondern auch trans Personen (deren Gender oftmals aberkannt wird und die Gewalt er-
33 fahren, wenn sie das ihnen zugeschriebene Gender verlassen), inter* Personen (die in ein binäres
34 Geschlechtssystem gedrängt werden, in dem sie sich aber nicht wirklich wiederfinden) und nicht-
35 binäre Personen (die lange Zeit unsichtbar gemacht wurden und deren Gender ebenfalls oftmals

1 aberkannt wird). TIN*, die weiblich gelesen werden, denen also das Gender der Frau zugeschrie-
2 ben wird, sind ganz besonders von Gewalt und Unterdrückung betroffen.

3 Es geht also um die soziale Zuschreibung, die eine Person zur Frau*/FLINTA* macht. Im binären
4 Geschlechtssystem werden alle Unterschiede auf zwei Gender, Frau und Mann, reduziert. Damit
5 verbunden sind Stereotype und vor allem eine Hierarchie. Die Geburtsfähigkeit von Menschen mit
6 Uterus wird geknüpft mit der sozialen Zuschreibung von bestimmten Verhaltensmerkmalen und
7 besonders einer sozialen Rolle mit Aufgaben der Reproduktionsarbeit oder auch Care-Arbeit (Ko-
8 chen, Waschen, Kindererziehung, Pflege von Angehörigen etc.), die zumeist unbezahlt geleistet
9 wird.

10 Männer nehmen im patriarchalen binären Gendersystem die soziale Rolle des Hauptverdieners
11 oder auch "Ernährers" ein, einhergehend mit stereotypen Verhaltensmerkmalen und weniger oder
12 keiner Care-Aufgaben. Sie werden für ihre Haupttätigkeit bezahlt und haben darüber hinaus Zeit,
13 sich ehrenamtlich einzubringen, vor allem im Bereich der Politik. Insbesondere, aber nicht nur, die
14 Ungleichverteilung der Care-Arbeit ist Grund für die Ungleichverteilung politischer Einflussnahme
15 und Repräsentation. Im Bereich der Politik werden FLINTA* aufgrund der ihnen zugeschriebenen
16 Verhaltensmerkmale für weniger fähig befunden, lange Zeit sogar als "zu emotional" eingeschätzt.

17 In einem binären Geschlechtssystem wird intersex Personen überhaupt gar keine Möglichkeit ge-
18 geben, sich anders als "Frau" oder "Mann" einzuordnen. Ganz im Gegenteil wird ihnen das Gender
19 bei der Geburt zugewiesen. Aber auch trans Personen können sich nicht mit dem ihnen bei der
20 Geburt zugeschriebenen Gender identifizieren, weil sie sich entweder nicht in das hierarchische
21 System einordnen wollen oder nicht die mit dem Gender verbundene soziale Rolle erfüllen wollen.
22 Insbesondere Letzteres wollen wir betonen: Bei trans, nicht-binären oder agender Personen geht
23 es nicht darum, wie sie sich "fühlen", sondern um ihre soziale Rolle, die sie (nicht) erfüllen wollen.

24 Auch wenn sich Stereotype und soziale Rollen aufweichen (was wir der feministischen Bewegung,
25 also allen voran cis Frauen zu verdanken haben), sind wir noch lange nicht in einer vom Patriarchat
26 befreiten Gesellschaft. Weiblich zugeschriebene Menschen erfahren immer noch sehr oft körper-
27 liche und sexualisierte Gewalt. An statistisch jedem dritten Tag geschieht ein Femizid in Deutsch-
28 land. Lohnarbeit, die der weiblichen sozialen Rolle zugeschrieben wird, ist etwa 18% schlechter
29 bezahlt. Wirtschaftliche und politische Macht liegt überwiegend in den Händen von cis Männern.
30 Dem männlichen Gender zugeschrieben zu sein bzw. die männliche Gender-Rolle zu erfüllen, ist
31 immer noch mit zahlreichen Privilegien verbunden, ob es größere Sprechzeit in der Politik, durch-
32 schnittlich höhere Gehälter oder das brutale Privileg oder ungestraft sexualisierte Gewalt auszu-
33 üben, weil nur sehr wenige Taten verfolgt werden, ist.

34 **Referenzen:**

35 Butler, Judith. *Gender Trouble: Feminism and the Subversion of Identity*. Routledge, 1990.

1 Crenshaw, Kimberlé. "Demarginalizing the Intersection of Race and Sex: A Black Feminist Cri-
2 tique of Antidiscrimination Doctrine, Feminist Theory and Antiracist Politics." *University of Chi-*
3 *cago Legal Forum*, vol. 1989, no. 1, 1989, pp. 139-67.

4 **A6 Eilantrag: Politischer Konsens für das Linke Pfingstcamp**

5 **Antragstellende:**

6 Der Landessprecher*innenrat

7 **Antrag:**

8 Die LMV möge folgenden Konsens für das Linke Pfingstcamp beschließen:

9 **Vorbemerkung**

10 *Mit diesem Papier wollen wir als beteiligte Organisationen des Bündnisses des Linken
11 Pfingstcamps unser politisches Selbstverständnis festhalten. Gleichzeitig möchten wir ge-
12 meinsam einen politischen Grundkonsens und politische Leitlinien festhalten, unter denen
13 unser Pfingstcamp stattfinden soll und dessen Identifikation, Achtung und Wahrung wir
14 uns von allen Teilnehmer*innen und Organisator*innen des Pfingstcamps wünschen und
15 dessen Einhaltung wir einfordern. Damit werden (politische) rote Linien festgelegt, welche
16 eine Teilnahme am Linken Pfingstcamp für uns ausschließen. Gemeinsam hoffen wir so,
17 unser Linkes Pfingstcamp als Raum zu erhalten, in dem wir uns alle wohlfühlen können.
18 Trotz allem ist das Linke Pfingstcamp ein politisches Jugendcamp, bei dem politische Dis-
19 kussionen und ein offener und fairer Meinungsaustausch gefördert werden und auch nicht
20 immer alle derselben Meinung sein müssen. Dennoch gibt es auch Grenzen, welche wir
21 hiermit festhalten wollen.*

22 **Selbstverständnis**

23 *Das Linke Pfingstcamp ist ein Ort antifaschistischer, linker, feministischer und sozialisti-
24 scher Vernetzung und Selbstermächtigung, welches jedes Jahr von verschiedenen linken
25 Jugendverbänden aus Berlin und Brandenburg gemeinsam von Jugendlichen und jungen
26 Erwachsenen für Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von etwa 14 bis 35 Jahren
27 organisiert wird. Hierbei gehen wir immer wieder auf verschiedenste Camping- und Zelt-
28 plätze in Berlin oder Brandenburg, um für das Pfingstwochenende selbstorganisiert und -
29 verwaltet gelebten Ferienkommunismus, einen schönen und geschützten Lernort für Em-
30 powerment und politische Bildung zu schaffen. Ein solches Camp kann ein kleiner und zeit-
31 lich beschränkter Freiraum innerhalb einer unfreien Welt sein. Camps sind seit langem Teil
32 und Ausdruck der sozialistischen Jugendbewegung und des antifaschistischen Widerstan-
33 des. Sie sind ein Ort des Austausches, der erlebbaren Basisdemokratie und auch ein Ort,
34 um dem grauen Alltag für einen Moment entfliehen zu können.*

Das linke Pfingstcamp ist als Mitmach-Camp und solidarischer Versuchsort zu verstehen, an dem sich die Teilnehmenden selbständig und eigenverantwortlich ausprobieren und lernen können. Hierbei ist es ok, Fehler zu machen und auch nicht alles sofort zu können oder zu wissen. Schließlich ist das Pfingstcamp in erster Linie ein offener, solidarischer und fehlertoleranter Lernort. Um in Ruhe lernen und wachsen zu können ist es aber auch wichtig, zu verstehen, dass das Linke Pfingstcamp kein Ort ist, an dem die großen politischen Fragen unserer Zeit geklärt werden können. In der Diskussionskultur sollten wir deshalb darauf achten, respektvoll und wertschätzend miteinander zu kommunizieren, um voneinander lernen zu können und um uns weiter entwickeln zu können. Das gemeinsame solidarische und emanzipatorische Lernen steht im Mittelpunkt und nicht der vermeintliche Sieg über die*den argumentative*n Gegner*in. Wir sind davon überzeugt, dass keine Seite gewinnt, wenn politische Konflikte aggressiv und persönlich verletzend ausgetragen werden. Stattdessen wollen wir zum gegenseitigen Verständnis beitragen und lernen, Widersprüche auszuhalten. In diesem Sinne ist es auch wichtig, zu benennen, dass unser Linkes Pfingstcamp den Charakter eines offenen und geschützten Lernorts ohne Druck und Beeinflussung aus Einzel-Gruppen und Personen besitzt.

Für uns hat auf dem Linken Pfingstcamp definitiv keinen Platz:

- jegliche Formen von Rassismus (bspw. gegen BIPOC, Sinti*zze und Rom*nja, sowie antislawischer Rassismus)
- jeglicher Antisemitismus, insbesondere die Leugnung des Existenzrechts Israels
- jeglicher Antimuslimischer Rassismus, insbesondere die Abwertung Palästinas bzw. des Palästinensischen Volkes
- jegliche Formen von sexistischem Verhalten, Feindlichkeit gegen FLINTA*
- jegliche Formen von sexualisierter, körperlicher und verbaler Gewalt
- jegliche Formen von Queerfeindlichkeit, Diskriminierungen von jeglichen Geschlechtsidentitäten oder von sexuellen Vorlieben
- Ableismus und Behindertenfeindlichkeit
- Diskriminierung psychischer oder seelischer Erkrankung
- Mobbing oder ausschließendes Verhalten
- Klassismus und bildungs- und sozialchauvinistisches Verhalten
- die Verherrlichung von Angriffskriegen
- Verherrlichung stalinistischer Verbrechen
- Werbung für entrüstische, undemokratische, verbandsschädigende oder solche Organisationen, die darauf zielen, eine Spaltung der beteiligten Verbände herbeizuführen

- *Leugnung der Covid-19-Pandemie und Impfskeptiker*innen, Querdenker*innen, etc.*
- *rechtsextremes, nationalistisches, faschistisches Gedankengut und Symbole*

*Uns ist bewusst, dass wir durch die einfache Nennung dieser Punkte nicht jegliche Diskriminierung aus der Welt schaffen. Wir sehen es als unsere kollektive Verantwortung, auch das eigene Verhalten kritisch zu hinterfragen, um so irgendwann einen Safe Space für alle schaffen zu können. Zusammen mit einem Awareness-, einem Schutzteam und entsprechenden Konzepten wird das Organisationsteam diese Grundsätze konsequent umsetzen und gegebenenfalls vom Hausrecht Gebrauch machen und Personen ausschließen. Bei Teilnehmer*innen unter 18 Jahren werden hierbei die Eltern kontaktiert bzw. weiterhin bis zum Verlassen des Camps eine angemessene Betreuung sichergestellt, um den Aspekten des Jugendschutzes gerecht zu werden.*

Sicherheits- und Schutzkonzept

*Um unser Camp zu einem möglichst sicheren Ort für alle Teilnehmer*innen zu machen und um berechtigten Schutzbedürfnissen von Teilnehmer*innen aus vulnerablen Gruppen zu gewährleisten, arbeiten wir als Organisator*innen des Linken Pfingstcamps mit:*

- *Jugendschutzkonzept*
- *Awarenessteam und -konzept, welches auf dem Grundsatz der Parteilichkeit beruht*
- *Secukonzept (vor allem auch sensibilisiert auf Faschos) durchgeführt durch Teilnehmende*
- *ständig ansprechbare Orga-Personen*
- *professionelle Sanitäter*innen-Crew*
- *FLINTA*-Räume und Sanitär-Anlagen*
- *vegane Verpflegung*
- *Ruhe- und Rückzugsräume*
- *Covid-Hygienekonzept*
- *Angebot von Hygiene- und Verhütungsprodukten*

Wir freuen uns auf ein Linkes Pfingstcamp, bei dem sich alle Menschen wohlfühlen und gemeinsam in einen Austausch kommen können. Solltet ihr Fragen zum Camp und unserem Konsens haben, meldet euch unter: pfica@falken-brandenburg.de

Begründung:

Dieser Konsens galt in leicht abgewandelter Form bereits beim letzten PfiCa. Um dem Konsens breitere demokratische Legitimität zu verschaffen, tragen wir ihn zur Abstimmung in die LMV. Grund für den Eilantrag sind Verzögerungen bei der Erarbeitung des Konsens im Pficabündnis.

1 **Änderungsanträge**

2 **Ä1-A5 Deshalb sind wir emanzipatorisch, intersektional, queersolida-**
3 **risch**

4 (Ä1-A5 wurde von den Antragsstellenden des A5 übernommen)

5 **Antragstellende:**

6 Marek Lipp

7 **Antrag:**

8 Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

9 Die linksjugend ['solid] Brandenburg bekennt sich zu einem **intersektionalen, queersolidarischen**
10 und emanzipatorischen Ansatz in ihrer politischen Arbeit. Das tun wir, weil das notwendig ist, um
11 eine gerechte, vom Patriarchat befreite Gesellschaft jenseits des Kapitalismus zu erreichen.

12 **Queerfeministische Intersektionale** Theorie beschäftigt sich mit der Analyse von Unterdrückung auf-
13 grund von Geschlecht und Sexualität, und deren Wechselwirkungen mit anderen sozialen Katego-
14 rien wie „Rasse“, Klasse, und Behinderung. Sie betont die Bedeutung der Vielfalt und Komple-
15 xität von Identitäten und Lebensweisen **für Machtkonfigurationen** sowie die Wichtigkeit der
16 Sichtbarkeit und des politischen Aktivismus' von marginalisierten Gruppen.

17 Wir beziehen uns dabei unter anderem auf die Arbeiten von Judith Butler, die die Kategorie Ge-
18 schlecht als sozial konstruiert und performativ herausgestellt hat. Butler betont die Notwendig-
19 keit, Geschlecht als fluide und veränderlich zu begreifen und kritisiert binäre Vorstellungen von
20 Geschlecht als reproduktiv für Unterdrückungsverhältnisse. Ebenfalls bedeutend für unsere**n**
21 **queerfeministischen Ansatz Politik** ist die Intersektionalitätstheorie von Kimberlé Crenshaw, die
22 die Notwendigkeit betont, die Verflechtungen von Unterdrückungsformen zu betrachten und
23 marginalisierte Gruppen in politischen Kämpfen zu inkludieren.

24 **Während der Radikalfeminismus wichtige Beiträge zur Analyse der Geschlechterhierarchie und**
25 **der Unterdrückung von Frauen geleistet hat, neigt er dazu, Wir problematisieren einige feministi-
26 sche Ansätze, die** die Perspektiven und Erfahrungen von privilegierten Frauen **zu** bevorzugen und
27 marginalisierte Gruppen wie LBTIQ* und Frauen of Color **zu** vernachlässigen oder sogar aus**zu**-
28 schließen **und dabei oftmals biologistische Geschlechtsdefinitionen heranziehen.** Dies führt zu ei-
29 nem binären und unvollständigen Verständnis von Geschlecht und Identität und einer fehlenden
30 Sensibilität für die Wechselwirkungen zwischen **Unterdrückung Herrschaftsformen. Zudem haben**
31 **manche radikalfeministische Strömungen transphobe und queerfeindliche Positionen eingenom-**
32 **men, was unvereinbar mit unserem humanistischen und emanzipatorischen Selbstverständnis ist.**
33 **Als emanzipatorischer, queersolidarischer und humanistischer Jugendverband weisen wir**

1 transphobe und queerfeindliche Positionen deutlich als unsolidarisch und patriarchale Macht re-
2 produzierend zurück.

3 Als **queerfeministischer** emanzipatorischer und queersolidarischer Verband **mit intersektionaler**
4 **Perspektive** setzen wir uns dafür ein, eine Sprache zu verwenden, die alle Geschlechteridentitäten
5 einschließt und so diskriminierungsarm wie möglich ist. Wir problematisieren daher zum Beispiel
6 die Formulierung "Frauentag", da sie die Geschlechterbinarität reproduziert und TIN* (transge-
7 schlechtliche, intergeschlechtliche und nicht-binäre) Personen ausschließt. Stattdessen **sprechen**
8 **bevorzugen wir von** die Bezeichnung "Internationaler feministischer Kampftag", um neben Frauen
9 auch TIN* einzuschließen und sichtbar zu machen. **Dabei respektieren wir andere Formulierungen**
10 **und Ansprachen, weil die Perspektiven verschieden sein können, der historische Bezug von Be-**
11 **deutung sein kann und es von Relevanz für aktuelle Kämpfe sein kann.**

12 Als antikapitalistischer Verband kritisieren wir, wie die Reproduktion der Geschlechterbinarität
13 zur Stabilisierung der kapitalistischen Eigentums- und Produktionsverhältnisse beiträgt, insbeson-
14 dere in Hinblick auf Care- bzw. Reproduktionsarbeit. Wir sprechen von Care-Arbeit bzw. Repro-
15 duktionarbeit von notwendiger Arbeit zur Wiederherstellung der Arbeitskraft. Im patriarchal ge-
16 prägten Kapitalismus beruht die Ausbeutung der Arbeitskraft der lohnarbeitenden Klasse auf der
17 Ungleichverteilung der Reproduktionsarbeit. Ein Arbeiter, der nach 8 Stunden körperlich schwerer
18 Arbeit erschöpft nach Hause kommt, arbeitet am nächsten Tag nur dann genauso produktiv wei-
19 ter, wenn er keine Care- bzw. Reproduktionsarbeit selbst leisten muss. FLINTA* **bzw. weiblich so-**
20 **zialisierte Personen** übernehmen bei einer patriarchalen Gender-Rollenverteilung eine für den
21 Prozess der Kapitalakkumulation grundlegende Rolle: Indem sie unbezahlt Care- bzw. Reproduk-
22 tionsarbeit leisten, tragen sie zur Wiederherstellung der Arbeitskraft des Hauptverdieners bei und
23 bilden so die Grundlage für die effektivere bzw. profitmaximierende Ausbeutung der Arbeitskraft
24 des Hauptverdieners. Selbst wenn FLINTA* keiner eigenen Lohnarbeit nachgehen, werden sie im
25 Kapitalismus durch die von ihnen geleistete Care-Arbeit ausgebeutet zur Steigerung der Profite
26 Weniger. Der heutige Kapitalismus kommt aber nicht mehr damit aus: Viele FLINTA* leisten neben
27 ihrer Lohnarbeit unbezahlte Care-Arbeit und werden so in doppelter Hinsicht ausgebeutet. Die
28 Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit sowie zwischen den Geschlechtern gehören also zu-
29 sammen – der Kampf gegen das eine geht nicht ohne den Kampf gegen das andere.

30 In Anlehnung an Gramscis Hegemonietheorie verbinden wir die verschiedenen Kämpfe und spie-
31 len sie nicht gegeneinander aus. Wir sind überzeugt, dass sich die Hegemonie des Kapitals nur
32 brechen lässt, wenn wir auch die Hegemonie des Patriarchats angreifen. Queerer, feministischer
33 und antirassistischer Kampf sind für uns Teil des Kampfes der arbeitenden Klasse gegen den Klas-
34 senkampf von oben.

35

1 **Begründung der Änderungen:**

2 Die Beschreibung der intersektionalen Perspektive trifft nicht nur auf den Queerfeminismus zu,
3 sondern auch auf andere feministische Strömungen, sogar den Radikalfeminismus in seiner An-
4 fangszeit. Hinzu kommt, dass die Übergänge zwischen den Strömungen fluide sind und verschie-
5 dene theoretische Ansätze in der politischen Praxis verbunden werden. Da alle queersolidari-
6 schen, feministischen Strömungen im Verband willkommen sind, wurde die einengende Selbst-
7 beschreibung des Verbandes geöffnet, um verschiedene Strömungen zu inkludieren. Die vorhe-
8 rige Formulierung war dahingehend unnötig zugespitzt und konfrontativ. Darüber hinaus wurden
9 einige begriffliche Nachschärfungen vorgenommen